Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 232 (1959)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltchronik

(Vom 15. Juni 1957 bis 15. Juni 1958)

In die Zeitspanne, über die wir berichten, fiel ein Ereignis, das man dereinst wohl einmal als ebenso historisch bezeichnen wird wie etwa die Entdeckung Amerikas durch Kolumbus: Zum ersten Mal in der Geschichte gelang es den Menschen, mit einem von Menschenhand geschaffenen Projektil die Erdatmosphäre zu überwinden und in den Weltraum vorzustoßen. Dieser erfolgreiche Versuch hatte zunächst praktisch überhaupt keine Folgen. Was für Auswirkungen es jedoch noch mit sich bringen wird, daß sich der Mensch nun die ihm zugewiesene Erdkugel zu verlassen anschickt, wird erst die Zukunft zeigen. Der erste Schritt zum Weltraumflug bemannter Raumschiffe ist getan. Die politischen Ereignisse der beiden Halbjahre 1957 und 1958 zeigen erfolglose Bemühungen der Russen, mit dem Westen auf einer neuen Gipfelkonferenz das durch ihren Rückzug aus dem Abrüstungsausschuß abgebrochene Gespräch wieder anzuknüpfen, und die Fortsetzung der Bemühungen der farbigen Völker, ihr eigenes politisches Gewicht stärker zur Geltung zu bringen. In diesen Rahmen gehört auch die chronische Algerienkrise Frankreichs, die sich im Sommer 1958 in einer innenpolitischen Explosion äußerte, ohne dadurch aber einer Lösung näher gekommen zu sein.

*

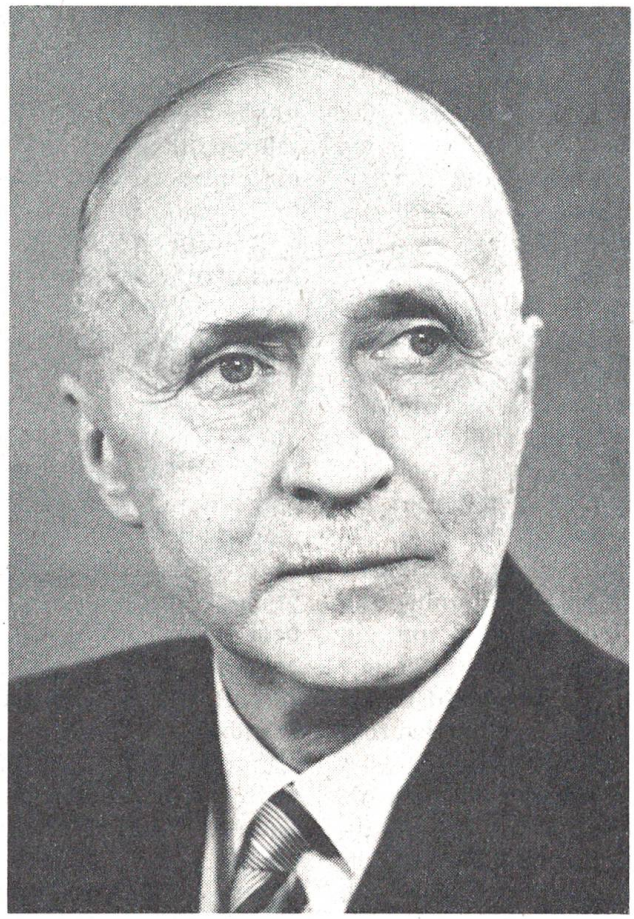
Die Sensation des Jahres brachten die Russen, als sie am 5. Oktober 1957 meldeten, sie hätten einen künstlichen Erdsatelliten ans Himmelszelt befördert. Der kleine künstliche Mond, dem sie den Namen „Sputnik", d. h. Begleiter, gaben, war mit einem Radiosender ausgerüstet, und dessen Bip-bip-Signale konnten alsbald auf der ganzen Welt abgehört werden, bis sich die Batterie erschöpft hatte. Am 3. November schossen die Russen einen zweiten Sputnik ins Weltall, der so groß war, daß ein lebender Hund darin Platz hatte. Sein Herzschlag konnte auf der Erde abgehört werden; Blutzirkulation und Atmung waren während der Woche, die der Hund als erster Weltraumfahrer noch am Leben blieb, nahezu normal. Am 15. Mai 1958 lancierten die Russen sodann ihren dritten Sputnik, der 1327 kg schwer war. Seine größte Entfernung von der Erdoberfläche betrug 1880 km und die Umlaufszeit um unseren Globus 106 Minuten. Die beiden ersten Sputniks hatten sich in der Zwischenzeit der Erde allmählich zu stark genähert und waren in den obersten Schichten der Atmosphäre verbrannt.

Obschon die Sputniks eine rein wissenschaftliche Angelegenheit sind, konnte es nicht ausbleiben, daß sie auch politisch und militärisch ihre Rolle spielten. Die am 27. August abgegebene Versicherung der Russen, daß sie eine interkontinentale Fernlenkwaffe besäßen, mit der sie jeden Punkt der Erde erreichen können, erhielt dadurch eine gewisse Wahrscheinlichkeit, wenn auch über die Treffgenauigkeit solcher Geschosse keine Angaben erhältlich sind. Auch die Amerikaner hatten während des ganzen Jahres 1957 Vorbereitungen für den Abschuß eines künstlichen Mondes getroffen, aber sie waren damit nicht zu Rande gekommen. Der russische Erfolg weckte ihren Ehrgeiz, und sie verdoppelten ihre Anstrengungen, aber als sie am 6. Dezember ihren künstlichen Mond abschießen wollten, versagte die Rakete, und die Amerikaner mußten zum Schaden noch den Spott einstecken. Erst am 31. Januar gelang es ihnen, mit einer vom nach Amerika geholten deutschen Raketenfachmann Wernher von Braun erbauten Rakete des Typs Jupiter-C einen kleinen Sputnik auf die Bahn zu bringen und damit dem gekränkten Nationalstolz Genüge zu tun. Am 17. März glückte auch der amerikanischen Marine mit der von ihr entwickelten Rakete vom Typ „Vanguard" ein Satellitenabschuß. Auch dieser amerikanische Sputnik war nur klein, er wog 1,7 kg und hatte einen Durchmesser von nur 16,3 Zentimetern. Am 26. März gelang der Armee noch einmal ein Satellitenabschuß. Neben diesen drei Erfolgen mußte Amerika auch noch zwei mißglückte Satellitenstarte in Kauf nehmen. Wie viele Mißerfolge die Russen zu verzeichnen hatten, haben sie allerdings nie bekanntgegeben. Es scheint aber heute doch, daß die Russen in der Raketentechnik weiter fortgeschritten sind als die Amerikaner. Diese haben nun ihre Raketenbemühungen vervielfacht und hoffen, den russischen Vorsprung eines Tages einzuholen. Da sie noch keine interkontinentalen Raketen besitzen, wohl aber Mittelstreckenraketen,

wollen sie ihre europäischen Verbündeten überreden, die Einwilligung zu geben zum Bau von Abschußrampen für Raketen auf ihrem Territorium. An der Tagung des NATO-Rates im Dezember 1957, an dem die Ministerpräsidenten selbst vertreten waren, erklärten die europäischen Partner des Atlantikpaktes ihre grundsätzliche Bereitschaft, solche Abschußrampen zuzulassen; jedes einzelne Land behielt sich aber seinen individuellen Entscheid noch vor, und zur Stunde, da der Kalendermacher diesen Bericht abschließt, ist noch nichts davon bekannt, daß in irgendeinem europäischen Lande solche Rampen erstellt worden wären.

*

In Deutschland ist im Zusammenhang mit diesen Raketenrampen, von denen ja atomische Sprengköpfe tragende Raketen abgeschossen werden sollen, ein heftiger politischer Hausstreit entstanden. Im gleichen Moment hatte ja die Regierung Adenauer ihre Bereitschaft erklärt, die neue Bundeswehr mit atomischen Waffen auszurüsten. Diese Absichten erregten bei breiten Schichten lebhafte Opposition; zu ihrem Sprachrohr machte sich die eigentliche Oppositionspartei, die sozialdemokratische. Es entstand eine lebhafte Diskussion, die sich auch in großen öffentlichen Kundgebungen äußerte und die sich zum politischen Willen verdichtete, eine Volksbefragung über die Frage der Atomwaffen durchzuführen. Da die Bundesverfassung eine solche nicht vorsieht und da der Bundestag, in welchem Adenauers Partei die Mehrheit besitzt, dazu nicht zu gewinnen war, versuchten die Sozialdemokraten, in Städten wie Hamburg und Bremen, wo sie die Mehrheit besitzen, solche Volksbefragungen durchzuführen. Adenauer ließ aber vom Bundesverfassungsgerichtshof ein provisorisches Verbot gegen diese Absichten aussprechen. Ein endgültiger Entscheid ist noch nicht gefällt.



Thomas Holenstein
Bundespräsident für das Jahr 1958

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Die Atomdiskussion, die außer in Deutschland am lebhaftesten in Großbritannien geführt wird, erhielt noch von zwei Seiten neue Nahrung. Einerseits ließ der große Menschenfreund Dr. Albert Schweitzer, bekannt als der Urwalddoktor von Lambarene, einen neuen eindringlichen Appell an die Mächte ergehen, alle Versuche mit atomischen Waffen einzustellen, da die gesundheitliche Gefährdung der Menschheit durch die radioaktiven Rückstände unabsehbar sei. Andererseits lancierte der polnische Außenminister Adam Rapacki im Herbst 1957 den Vorschlag, die Territorien der beiden Deutschland, Polens und der Tschechoslowakei zu atomfreien Zonen zu erklären, die schon zu Friedenszeiten von atomischen Waffen vollständig freizuhalten wären. Eine solche Zone würde nach seiner Ansicht eine echte Entspannung bringen und schlösse die Möglichkeit in sich, daß man sie jederzeit noch weiter ausdehnen könnte. Der Rapacki-Plan stieß aber in Amerika, England und bei der deutschen

Regierungspartei auf unüberwindlichen Widerstand. Die atomischen Waffen in Westdeutschland – seien diese nun in den Händen der dort stationierten Amerikaner oder der Deutschen selbst – seien notwendig, wurde auf dieser Seite erklärt, um das numerische Übergewicht der Russen und ihre Überlegenheit an traditionellen Waffen auszugleichen.

Die Russen selbst erklärten am 31. März, nachdem sie eben eine Reihe von atomischen Versuchen abgeschlossen hatten, daß sie von sich aus alle Kernexperimente einstellen, und luden die westlichen Atommächte ein, ihrem Beispiel zu folgen. Die Amerikaner gingen aber auch auf dieses Angebot nicht ein und führten weitere Versuche durch.

Die ungeheuren Möglichkeiten der Atomwaffen sind die größte Gefahr für die heutige Menschheit. Die Situation wird durch die Worte des deutschen Nobelpreisträgers Prof. Max Born erhellt, der sagte: „Die fundamentale Tatsache ist die Entdeckung, daß die Materie, aus der wir alle und alle Dinge bestehen, nicht fest und unzerstörbar ist, sondern instabil, ein Explosionsstoff. Wir sitzen alle im wahrsten Sinne des Wortes auf einem Pulverfaß; das hat allerdings ziemlich dicke Wände, und wir brauchten ein paar Jahrtausende, um ein Loch hineinzubohren. Jetzt aber sind wir gerade durch und können uns ohne Beschwer mit einem Streichholz in die Luft sprengen. – Diese bedrohliche Situation ist einfach eine Tatsache."

Man hat heute nicht den Eindruck, daß die Menschheit sich dieser Tatsache wirklich bewußt ist, und man hat auch nicht den Eindruck, daß die Politiker und Militärs diesen Umständen entsprechend handeln, sondern vielmehr mit den neuen erschreckenden Möglichkeiten spielen, wie wenn wir noch in der „guten alten Zeit" lebten, in der die Gegner einander die Kanonen abzählten und danach ihre Erfolgschancen einschätzten. Ein Doktor Schweitzer wirkt wie ein Rufer in der Wüste und muß sich den Vorwurf der Weltfremdheit gefallen lassen, während er wahrscheinlich den wahren Zustand der Welt besser erfaßt hat als seine Kritiker.

*

Die große Ost-West-Spannung, die unser politisches Theater beherrscht, hat sich auch im Berichtsjahr nicht verändert. Innerhalb des Ostblocks hat sich die Haltung Moskaus wieder verhärtet. Das unterdrückte Ungarn mußte weiter unter seinem Joche stöhnen. Am 17. Juni 1958 führten die kommunistischen Machthaber einen neuen Streich gegen das freiheitsliebende ungarische Volk, indem sie den ehemaligen Ministerpräsidenten Imre Nagy, den Verteidigungsminister Pal Maleter und zwei weitere führende Persönlichkeiten aus der Zeit des nationalen Aufstandes von 1956 nach geheimem Gerichtsverfahren hinrichten ließen. Dieser neue Ausbruch einer niederträchtigen Gesinnung rief überall eine starke Empörung hervor, die sich in vielen Protesten äußerte. Polen, wo das Regime Gomulka zunächst einen freiheitlichen Wind brachte, mußte sich wieder stärker an Rußland lehnen. Tito wurde für seine Selbständigkeitsgelüste von der Sowjetunion mit einer Hetzkampagne bedacht, die ganz seiner Verketzerung im Jahre 1948 glich. Indessen versuchten die Russen doch aus ihrer Isolierung auszubrechen. Ob sie selbst allzusehr unter der Last der Rüstung leiden, oder ob sie ganz einfach eine längere Friedensperiode zur inneren Erstarkung brauchen, läßt sich nur sehr schwer eindeutig beurteilen. Tatsache ist, daß sie seit dem Spätherbst auf eine Gipfelkonferenz drängten, bei welcher wieder die gleichen Partner zusammenkommen sollten wie bei der berühmt-berüchtigten „Konferenz des Lächelns" in Genf im Sommer 1955. Die Westmächte sagten nicht unmittelbar Nein, aber sie knüpften an ihre Einwilligung so viele Wenn und Aber, daß es praktisch einem westlichen Njet gleichkam. Die schon genannte NATO-Konferenz im Dezember öffnete eine Tür für eine Außenministerkonferenz, davon wollten aber die Russen nichts wissen, da sie auf eine Gipfelkonferenz drängten. Schließlich einigte man sich, daß die Botschafter in Moskau zunächst eine Außenministerkonferenz und diese dann die Gipfelkonferenz vorbereiten könnten, und tatsächlich wurden einige Besprechungen schon durchgeführt. Das ganze, monatelang dauernde Hin und Her mit immer neuen Noten und Erklärungen, bei denen die gleichen Argumente dauernd wiederholt wurden, ermüdete die Weltöffentlichkeit, und im Sommer 1958 war die ganze Frage so weit zerredet, daß sich niemand mehr für die Gipfelkonferenz interessierte. Es ist aber im Moment, da wir

Im Februar 1958 verschüttete ein Erdrutsch die Straße Frutigen–Adelboden, so daß die heimkehrenden Skifahrer die Stelle zu Fuß passieren mußten.

ATP-Bilderdienst, Zürich

diesen Bericht abschließen, noch völlig ungewiß, ob die Konferenz nicht doch stattfinden wird.

Materiell drehte sich die Auseinandersetzung darum, daß die Russen eine Entspannung auf der Basis des gegenwärtigen Zustandes der Welt anstreben. So schlugen sie vor allem ein Abkommen über die Einstellung der Kernversuche vor. Der Westen antwortete, ein solches Abkommen sei wertlos, wenn es nicht mit einem Stopp der Produktion spaltbaren Materials und genauer gegenseitiger Kontrolle verbunden sei. Ferner brachte der Westen immer wieder die Frage der deutschen Wiedervereinigung aufs Tapet mit der Begründung, man müsse zuerst die Ursachen für die Spannung beseitigen, um eine Entspannung zu erzielen. Die Russen wollten aber dieses Thema nicht auf die Traktandenliste setzen, und so redete man monatelang aneinander vorbei und drehte sich im Kreise, ohne daß man der Gipfelkonferenz näher kam.

*

Innerhalb von Rußland waren erhebliche Machtverschiebungen zu beobachten. Am 3. Juli 1957 verloren gemäß Beschluß des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Molotow, Kaganowitsch, Malenkow und Schepilow ihre Stellungen in Regierung und Partei. Es scheint, daß diese Männer, die eigentlich verschiedene Richtungen vertraten, sich zusammengetan hatten, um Parteisekretär Nikita Chruschtschow zu stürzen,

Zugsunfall bei Bümpliz
Ohne daß das Zugspersonal aufmerksam wurde, verlor im Juni 1958 ein Güterzug auf der Strecke infolge Kupplungsbruch einige Wagen. Der nachfolgende Personenzug fuhr mit etwa 70 km in die stehenden Güterwagen hinein. Glücklicherweise sind keine Todesopfer zu beklagen.

Photo W. Nydegger Bern

dabei aber den kürzeren zogen, da Chruschtschow sich der Hilfe des Marschalls Schukow versichern konnte. Die Auseinandersetzung endete also mit einer Stärkung der Position Chruschtschows. Dieser schickte am 26. Oktober seinen Steigbügelhalter Schukow in die Wüste, da er der Unterordnung der Armee unter die Partei Widerstände entgegengesetzt hatte. Nun blieb Chruschtschow noch ein letzter Schritt zu tun: am 27. März ließ er sich selbst anstelle Bulganins die Ministerpräsidentschaft übertragen. Chruschtschow verfügt nun über eine Macht wie niemand seit dem Tode Stalins; seine Stellung scheint aber doch nicht ebenso stark zu sein. Ein wesentlicher Unterschied zur Zeit Stalins besteht auch darin, daß Chruschtschow nicht mehr ausschließlich mit dem Mittel des blutigen Terrors herrscht: Seine gestürzten Gegner blieben vorläufig am Leben und in relativer Freiheit. Diese Milderung der Sitten hat allerdings noch nichts mit einer eigentlichen Demokratisierung zu tun. Auch in China weht nach den ersten Anzeichen eines liberaleren Frühlings im Jahre 1957 wieder ein schärferer Wind: An der Diktatur der kommunistischen Partei wurde auch hier nicht ein Jota abgestrichen.

*

In außenpolitischer Beziehung schien der Sowjetunion in der zweiten Hälfte des Jahres 1957 ein großer Erfolg in den Schoß zu fallen: Syrien befand sich auf dem besten Wege, ein russischer Satellit zu werden. Die herrschenden Militärs erklärten sich von einer amerikanischen Aggression bedroht und öffneten den Russen immer größere Einflußmöglichkeiten. Eine Zeitlang sah es auch aus, als sollten der amerikanische Schützling Türkei und der russische Schützling Syrien aneinandergeraten, und die Generalversammlung der UNO mußte sich mit der Krise befassen, die dann aber doch dank der klugen Zurückhaltung der Großmächte wie das Hornberger Schießen ausging. Mit dem Beginn des neuen Jahres nahm die Entwicklung in Syrien dann plötzlich eine ganze neue Wendung. Statt der Sowjetunion warf sich der unstabile, steten Wechseln und Wirren ausgesetzte junge Staat der arabischen Brudernation Ägypten in die Arme: Am 1. Februar wurde die Fusion Syriens und Ägyptens zu einem einheitlichen neuen Staat mit dem Namen „Vereinigte Arabische Republik" (VAR) proklamiert.

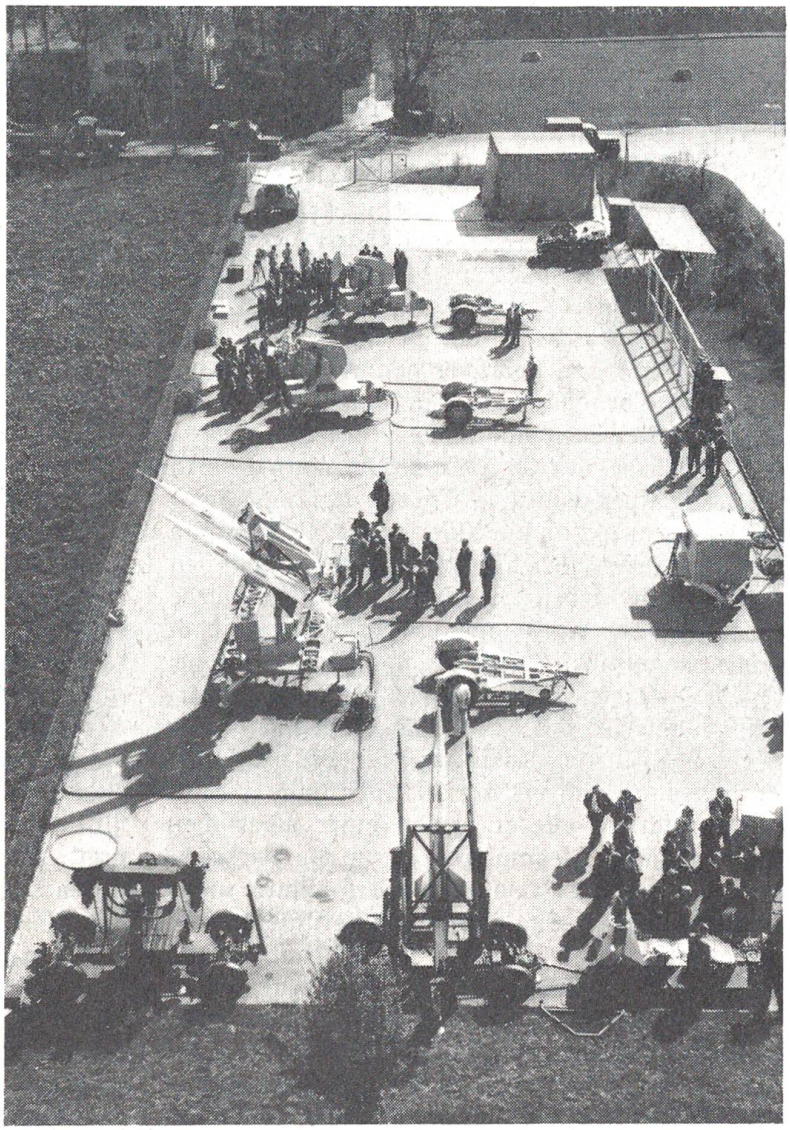
Im Kräftebild des Mittleren Ostens brachte diese Verschmelzung zweier Staaten erhebliche Veränderungen. Da die VAR sich von Anfang an gewillt erklärte, noch weitere Staaten in ihren Verband aufzunehmen – tatsächlich schloß sich der Jemen bald darauf an –, fühlte sich Jordanien

in erster Linie von diesen Anschlußgelüsten bedroht und suchte Schutz bei seinem größeren Bruder Irak. Jordanien ging mit Syrien eine Föderation ein, die allerdings nicht so eng ist wie der Zusammenschluß von Syrien und Ägypten. Der nächste, der sich bedroht fühlte, war der Libanon, wo die Opposition gegen Präsident Chamoun und Premier Sami Solh die unionistische Karte spielte und unter Mithilfe aus der VAR auf einen Anschluß tendierte. Im Mai und Juni 1958 kam es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, deren Ausgang noch nicht abzusehen ist.

Der Präsident der Vereinigten Arabischen Republik, Gamal Nasser, pflegte seine guten Beziehungen zu Rußland weiter, unter anderem durch eine ausgedehnte Reise im Mai 1958. Gleichzeitig war er aber bestrebt, mit dem Westen wieder auf einen freundschaftlicheren Fuß zu kommen, und bot Hand zu einem Abkommen über die Entschädigung der alten Suezaktionäre. Die Algerienfrage blockiert aber jedes Einvernehmen zwischen Kairo und Paris.

*

Im Jahre 1957 entstanden zwei neue unabhängige Staaten, Ghana und die Malayische Föderation, und im Jahre 1958 bis zum Sommer einer, nämlich die Westindische Föderation, das ist ein Staat, der aus den 10 ehemals britischen Inseln in Mittelamerika gebildet worden ist. Der Wille der unabhängig gewordenen ehemaligen Kolonien, ihr eigenes politisches Gewicht zur Geltung zu bringen, wurde erstmals im Jahre 1955 an der afro-asiatischen Konferenz in Bandung demonstriert. Im April 1958 fand nun eine ähnliche Konferenz unter Beteiligung der unabhängigen afrikanischen Staaten allein in Akkra, der Hauptstadt von Ghana, statt. Beteiligt waren Ghana, Marokko, Tunis, Libyen, Ägypten, Sudan, Abessinien, Liberia. Die Haltung der Konferenz läßt sich mit dem Schlagwort „Afrika den Afrikanern" umschreiben, politisch weittragender war aber für den Moment, daß die Konferenz Vertreter der algerischen Befreiungsfront (FLN) anhörte, wie wenn sie vollberechtigte Delegierte eines unabhängigen Staates wären, und daß sie deren



Schweizerische Fernlenkwaffen

Auch in der Schweiz wird intensiv an der Entwicklung von Raketenwaffen gearbeitet. Im Vordergrund Fliegerabwehrraketen auf fahrbaren Lafetten

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Standpunkt vorbehaltlos unterstützte. Die freien Staaten Afrikas identifizierten sich also mit der algerischen Unabhängigkeitsbewegung. Was hier nur politische Erklärungen waren, wirkte sich an anderer Stelle in konkreter Waffenhilfe aus. Die algerischen Aufständischen erhielten dauernd Waffen auf Schmuggelpfaden aus den angrenzenden Ländern, die ihrerseits kein Hehl aus ihrer Sympathie für die algerische Befreiungsbewegung machen. Der König von Marokko, Mohammed V., und der Präsident von Tunesien, Habib Bourgiba, boten Frankreich ihre Vermittlung an zur Beilegung des Krieges in Algerien; Frankreich aber lehnte ab, da es ein unabhängiges Algerien von vornherein als undiskutabel bezeichnet.

Dabei bildete die Algerien-Frage das eigentliche Kreuz der französischen Politik und war die Wurzel aller Regierungskrisen der letzten Zeit. Guy Mollet wurde am 21. Mai 1957 wegen einer Finanzvorlage gestürzt, welche die Mittel zur Fortsetzung des algerischen Krieges beschaffen sollte. Sein Nachfolger Bourgès-Maunoury wurde am 30. September gestürzt, weil die Nationalversammlung dem von ihm eingebrachten Rahmengesetz für Algerien die Zustimmung versagte. Dieses Gesetz sollte den muselmanischen Algeriern vermehrte Rechte bringen; es wurde später von der Nationalversammlung dann doch noch angenommen, von den algerischen Aufständischen aber als Almosen abgelehnt. Die Regierung von Félix Gaillard, die nach über fünfwöchiger Krise am 5. November schließlich gebildet wurde, konnte sich bis am 16. April halten, dann wurde auch sie wieder wegen einer algerischen Frage gestürzt. Diesmal ging es um die Verhandlungen mit Tunesien, auf die Gaillard unter Vermittlung von England und Amerika eintreten wollte und die ihre Ursachen im Überfall auf das tunesische Dorf Sakiet Sidi Jussef hatte. Dieses Grenzdorf wurde am 8. Februar von der französischen Luftwaffe angegriffen, wobei 72 Einwohner getötet wurden. Der Angriff war von den militärischen Stellen in Algerien ohne Wissen der Pariser Regierung angeordnet worden mit der Begründung, von Sakiet aus seien algerische Rebellen nach Algerien eingedrungen. Dieses Kriegsverbrechen wurde auf der ganzen Welt aufs heftigste kritisiert, nichtsdestoweniger deckte die Regierung Gaillard den Übergriff der selbstherrlichen Militärs in Algerien.

Tunesien reagierte auf den Angriff sehr scharf, es kreiste alle französischen Garnisonen in Tunesien ein und forderte den Abzug aller französischen Truppen. Der Sicherheitsrat mußte sich am 19. Februar mit der tunesisch-französischen Auseinandersetzung befassen; er fällte keinen Entscheid, sondern gab dem Angebot Großbritanniens und der USA, zwischen Tunesien und Frankreich zu vermitteln, freie Bahn. In der Folge setzten sich die als Vermittler bezeichneten zwei Diplomaten, der Amerikaner Robert Murphy und der Engländer Harold Beeley, energisch ein und schufen die Grundlage für aussichtsreiche Verhandlungen zwischen Paris und Tunis. In diesem Moment aber entzog die Nationalversammlung der Regierung Gaillard ihr Vertrauen, und die Verhandlungen waren blockiert. Es folgte eine lange Regierungskrise in Paris, bis am 14. Mai der Volksrepublikaner Pierre Pflimlin die Investitur erhielt.

*

Inzwischen hatte sich aber bereits eine neue Entwicklung in Algerien angebahnt, die aus der Regierungskrise eine eigentliche Staatskrise machen sollte. Am 13. Mai bildeten sich in Algier und anderen algerischen Städten sogenannte Wohlfahrtsausschüsse, in welchen sich die rechtsradikalen Elemente der französischen Bevölkerung Algeriens und die Spitzen der Armee zu revolutionärer Tat zusammenfanden. Ihr unmittelbares Ziel bestand darin, die Einsetzung der Regierung Pflimlin zu hintertreiben. Dies gelang ihnen nicht. Die Nationalversammlung ließ sich nicht unter Druck setzen und genehmigte die Investitur. Die Wohlfahrtsausschüsse in Algerien hatten inzwischen das Regierungsgebäude besetzt und gehorchten den Befehlen aus Paris nicht mehr; im Gegenteil, sie drohten, die revolutionäre Bewegung nach dem Mutterland weiterzutragen. Es gelang ihnen auch tatsächlich, in Korsika die legale Herrschaft des Präfekten zu stürzen und durch einen Revolutionsausschuß zu ersetzen. Pflimlin schien gewillt, dem Sturme die Stirne zu bieten, und er fand eine Nationalversammlung hinter sich, die ihm mit sehr hohen Stimmenzahlen außerordentliche Vollmachten zur Verteidigung der

Republik und zur Reform der Verfassung gewährte.

Pflimlin gab das Rennen dennoch auf und reichte am 28. Mai dem Präsidenten der Republik seine Demission ein. Er tat dies in der Erkenntnis, daß ein Bürgerkrieg zwischen den Dissidenten Algeriens und der legalen Macht in Frankreich unmittelbar bevorstand. Andererseits bot sich eine friedliche Lösung des Konfliktes, und die hieß de Gaulle.

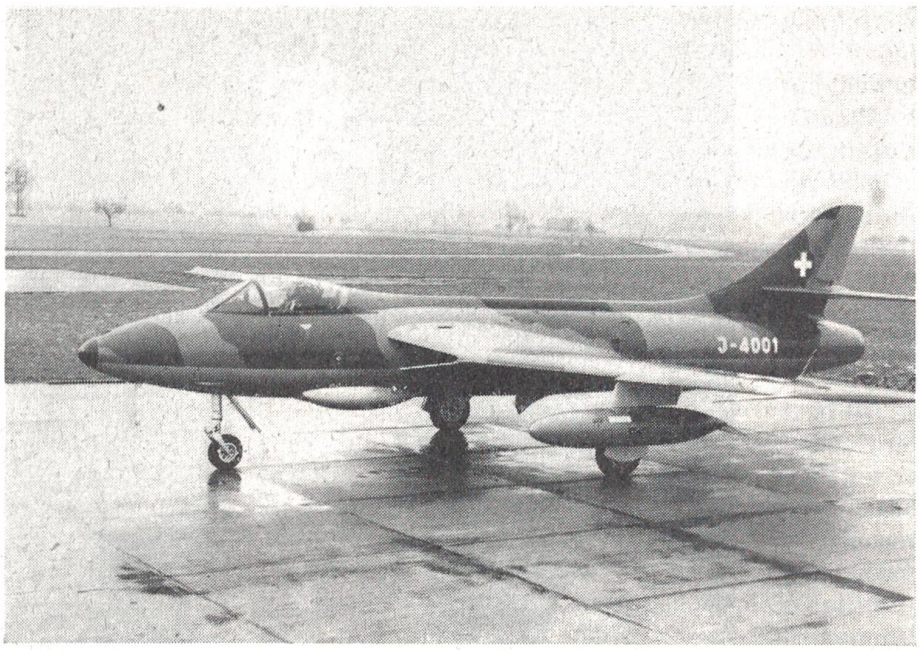
General de Gaulle hatte sich seit dem Jahre 1955, als er sich von seiner eigenen Partei, dem 1947 gegründeten „Rassemblement du Peuple Français", abgewandt hatte, abseits von der Politik gehalten. Man wußte, daß er dem Regime der Vierten Republik mit seiner Diktatur des Parlaments und seinen schwachen Regierungen feindlich gegenüberstand, man verdächtigte ihn daher faschistischer Neigungen, gleichzeitig genoß er aber doch auch noch ein enormes Vertrauenskapital als der Befreier Frankreichs.

De Gaulle hatte sich am 16. Mai 1958 in die Krise eingeschaltet, indem er bekanntgeben ließ, daß er bereit sei, die Macht zu übernehmen. Die algerischen Rebellen, die um eine politische Führung verlegen waren, schrieben den Namen de Gaulles auf ihr Banner und forderten seine Einsetzung; da der General somit als der Vertrauensmann der Aufständischen schien, mußte er den Freunden der Republik nur um so verdächtiger vorkommen. Der Widerstand gegen de Gaulle bröckelte aber immer mehr ab; die Entscheidung wurde getroffen, als Ministerpräsident Pflimlin sich in der Nacht zum 27. Mai im geheimen mit de Gaulle traf und dabei offenbar das Vorgehen bei der Machtübernahme mit ihm abkartete. De Gaulle wollte nur auf legalem Wege durch eine Investiturabstimmung der Nationalversammlung an die Macht kommen, und er zeigte sich bereit, führende Politiker des bisherigen Regimes, wie Pflimlin, Jacquinot, Mollet, Houphouet-Boigny, in sein Kabinett aufzunehmen. Er machte es aber zur Bedingung, daß das Parlament ihm Vollmachten für ein halbes Jahr gebe und einwillige, daß er, de Gaulle, eine Verfassung ausarbeiten lasse, welche er vor Ablauf dieser Frist dem Volke zur Genehmigung unterbreiten wolle. Von nun an wickelte sich alles ganz glatt ab; Pflimlin demissionierte, Staatspräsident Coty de-

Die größte Torte der Welt

Der Berner Fred Lüthy, Chef-Patissier eines Luxushotels in Honolulu, hat sie für ein Festessen, an dem 1111 Personen teilnahmen, „gebaut". Er benötigte dazu neben rund 200 kg verschiedener Zutaten auch 400 Eier!

Photopreß-Bilderdienst, Zürich



Hunter Mark 6, das von unserer Luftwaffe neu bestellte Jagdflugzeug. Der Hunter, eine englische Maschine, wird die veralteten Venoms ersetzen.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

signierte de Gaulle als Ministerpräsident und drohte mit seinem Rücktritt, falls die Nationalversammlung die Investitur verweigere, und die Investitur sowie die Vollmachten wurden mit großer Mehrheit erteilt. Nur die Kommunisten und die Hälfte der sozialistischen Fraktion stimmten gegen de Gaulle. Was sich in diesen bewegten Tagen abspielte, war aber nichts weniger als eine Revolution. Die Vierte Republik war an sich selbst verzweifelt und beging in aller Form Selbstmord. Es begann ein neuer Abschnitt in Frankreichs Geschichte.

*

Die erste Aufgabe, die de Gaulle lösen mußte, hieß, Algerien wieder der Botmäßigkeit Frankreichs zu unterstellen. Er flog unverzüglich nach Algerien, wo ihn die Massen umjubelten, während die Sprecher der „Ultras", das sind die rechtsradikalen Kreise, ihn unter Druck zu setzen suchten, damit er ihren Vertrauensleuten die Schlüsselposten in Algerien und Paris übergebe. De Gaulle schüttelte die Wohlfahrtsausschüsse aber ab, versicherte der Armee allein sein Vertrauen, anerkannte auch die Rebellenregierung auf Korsika nicht, sondern ernannte dort einen neuen, ihm allein verantwortlichen Präfekten. Damit war freilich das Problem des algerischen Krieges noch nicht gelöst. Die Französisch-Algerier selbst hatten während der Tage des revolutionären Taumels sich zur Formel der Integration bekannt – die sie vorher immer erbittert bekämpft hatten –, wonach die mohammedanischen Algerier die gleichen Rechte bekommen sollten wie jene europäischen Ursprungs. De Gaulle nahm diesen Gedanken auf und erklärte ihn zu seiner Politik. Vom Hauptquartier der Algerischen Befreiungsfront aus wurde sogleich erklärt, daß die Algerier nicht gleichberechtigte französische Bürger zu werden wünschten, sondern daß ihr Sinn einzig auf ein unabhängiges algerisches Vaterland gerichtet sei. Auch die Integrationsformel hat also keine Zauberkraft in sich, und das Ende des algerischen Krieges ist zur Zeit noch nicht abzusehen.

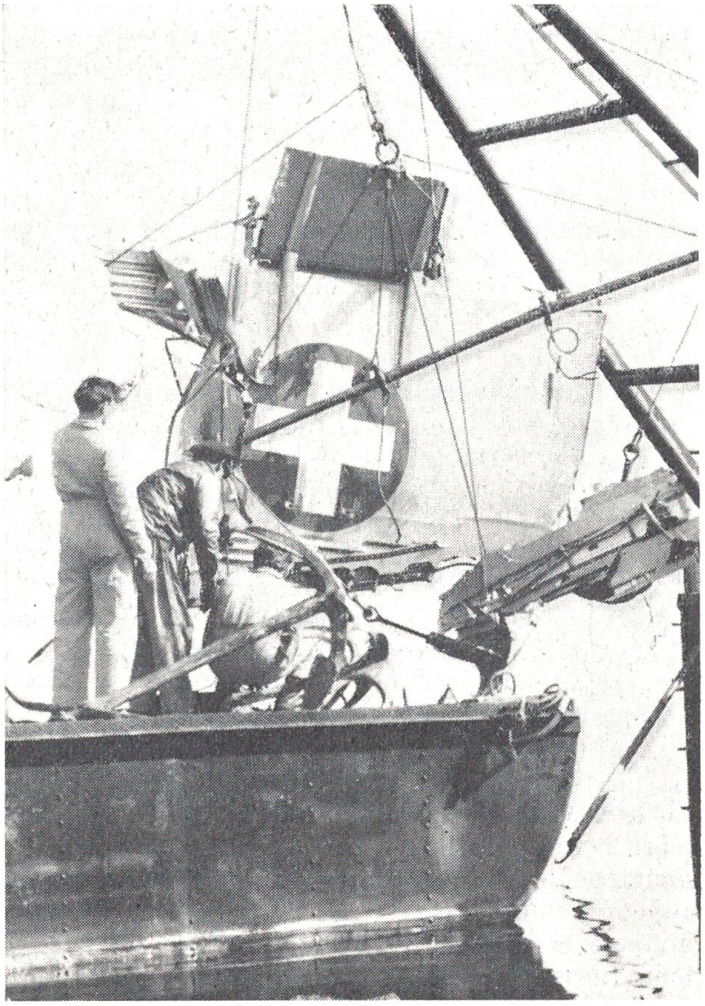
*

Zum Abschluß unseres Rundganges wollen wir noch Kenntnis nehmen vom Ergebnis einer Reihe von Wahlgängen, die in der Berichtsperiode durchgeführt wurden. In der Bundesrepublik Deutschland endeten die Bundestagswahlen mit einem eindeutigen Sieg der christlichdemokratischen Partei Adenauers, die im Bundestag die absolute Mehrheit besitzt. In Italien konnte die Schwesterpartei der CDU, die Democristiani, auch kleine Fortschritte machen, aber sie verfügt nicht über die Mehrheit und ist zur Regierungsbildung auf die Koalition mit kleinen Parteien angewiesen, woraus sich wieder viele Komplikationen ergeben wer-

den. In Schweden machten die Sozialdemokraten auf Kosten der bürgerlichen Linkspartei Fortschritte, da sie mit einem verlockenden AHV-Programm aufwarteten. In Belgien schlug das Pendel nach der umgekehrten Seite aus, dort mußten die Sozialisten gemäß dem Wahlergebnis einer christlich-sozialen Regierung Platz machen. In Südafrika hielt der nationalistische Trend an, die rassistische Burenpartei wurde in ihrem Kurs bestätigt. In Japan erhielt der Liberaldemokrat (= Konservative) Kishi bei den Volkswahlen ein Vertrauensvotum, und in Argentinien gelang der Militärregierung Aramburu der schwierige Übergang des Landes von der Diktatur zur Demokratie: Als neuer verfassungsmäßiger Präsident wurde der Radikale Arturo Frondizzi gewählt.

*

Die wichtigste Errungenschaft der Schweizer Politik in unserer Berichtsepoche war der Abschluß der Bundesfinanzreform. Die parlamentarischen Verhandlungen gestalteten sich noch einmal sehr mühsam, und es gelang auch nicht, sämtliche großen Parteien hinter dem Verfassungswerk zu vereinigen, da die Sozialdemokraten ihre scharfe Opposition anmeldeten. Sie und die Gewerkschaften waren der Ansicht, die neue Finanzordnung gebe dem Bund zu wenig Geld, so daß die kommenden Sozialwerke darunter leiden müßten; denn die Vorlage brachte einen Steuerabbau von insgesamt 274 Millionen Franken. Die Finanzordnung wurde nach lebhaftem Abstimmungskampf am 11. Mai mit 418 960 gegen 348 361 Stimmen angenommen. Sie hat nur insofern einen Schönheitsfehler, als sie auf sechs Jahre befristet ist, so daß relativ bald der ganze schwere Apparat für eine neue oder für die Verlängerung der bestehenden Vorlage in Bewegung gesetzt werden muß. Materiell brachte die neue Finanzordnung, die am 1. Januar 1959 in Kraft tritt, eine Erhöhung der Verrechnungssteuer von 25 auf 27% und eine Senkung der Couponsteuer von 5 auf 3%. Die Ergänzungssteuer auf dem Vermögen wurde gestrichen und der Höchstsatz für die Wehrsteuer gesenkt. Starke Erweiterung erfuhr die Freiliste für die Warenumsatzsteuer: sie umfaßt nun Bücher, Medikamente, Seifen, alkoholfreie Getränke, lebende



Das Drama des P-16

Nachdem die eidgenössischen Räte im Frühjahr 1958 dem Ankauf des schweizerischen Jagdflugzeuges P-16 zugestimmt hatten, stürzte ein Prototyp infolge Versagens der Steuerung in den Bodensee ab. Der Pilot konnte sich mit dem Fallschirm retten. Nach längerer Untersuchung des Vorfalls verzichtete der Bundesrat auf die Beschaffung dieser Flugzeuge, womit wohl die Eigenentwicklung von Jagdflugzeugen in der Schweiz endgültig aufgegeben wurde. Unser Bild zeigt die Hebung der völlig zerstörten Maschine aus dem Bodensee, die die Feststellung der genauen Unfallursache ermöglichte.

Photopreß-Bilderdienst, Zürich

Pflanzen und Blumen sowie alle landwirtschaftlichen Hilfsstoffe. Die Luxussteuer wurde ganz gestrichen. Insgesamt wird der fiskalische Druck so umfassend gelockert, daß jeder im nächsten Jahr die Erleichterung selbst verspüren wird.

Die Volkswirtschaft lief immer noch auf Hochtouren; der Rückgang der Umsätze in Amerika wirkte sich noch kaum aus. Das Ansteigen der Zinssätze setzte sich glücklicherweise nicht fort. Die teuersten Obligationenanleihen wurden zu 4½% ausgegeben, die Kassenscheine der Banken gingen nicht über 4%. Ein Problem erster Güte war immer noch der Milchpreis. Der Bundesrat mußte anerkennen, daß die Produktionskosten der Bauern gestiegen sind und bewilligte daher auf den 1. November 1957 eine Erhöhung des Milchpreises von 2 Rappen. Käse und Butter wurden davon ausgenommen, und der Bundesrat beschloß, den Landwirten provisorisch nur 1½ Rappen Mehrpreis auszuzahlen, um über einen halben Rappen für die Verwertung der Milchprodukte zu verfügen. Nun nahm aber die Milchproduktion immer stärker zu – auch in andern Ländern –, so daß der Bundesrat sich in der Sommersession 1958 ermächtigen lassen mußte, bis zu 2 Rappen zurückzubehalten. Für die Verwertung der Milchprodukte dürften im Jahr 36 Millionen Franken erforderlich sein, wovon der Bund 10 Millionen ganz übernehmen und den Rest mit den Milchproduzenten teilen will.

Ins Gebiet der Wirtschaft gehört auch die Volksinitiative gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, gewöhnlich Kartellinitiative genannt, da sie sich gegen die großen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse richtete. Das Parlament beantragte die Verwerfung, und das Volk folgte ihm, indem es am 26. Januar die Initiative mit 549 842 gegen 191 934 Stimmen verwarf. Es genehmigte ferner den Entscheid der Bundesversammlung, wonach die Brotgetreideordnung um drei Jahre zu verlängern sei, in einer Abstimmung vom 24. November 1957. Am gleichen Tag nahm es auch den Verfassungsartikel über die Atomenergie an, wonach der Bund die Kompetenz bekommt, Gesetze über Forschung und Nutzbarmachung der Atomkraft zu erlassen. Eine Initiative für die Verankerung der 44-Stundenwoche in der Verfassung wurde sowohl von National- als Ständerat in der Sommersession zur Verwerfung empfohlen. Die Abstimmung steht noch bevor. Inzwischen bürgerte sich die Fünftagewoche immer stärker ein: von 12 345 Fabrikbetrieben haben 6131 die Fünftagewoche eingeführt, allerdings wechselt ein Teil von ihnen zwischen Wochen mit fünf und sechs Arbeitstagen ab.

Militärische Fragen haben in der Berichtsperiode ebenfalls die Räte und das Volk wiederholt beschäftigt. So genehmigte die Bundesversammlung im Herbst einen Rüstungskredit von 606 Millionen Franken. Für 100 Jagdflugzeuge englischer Produktion vom Typ „Hunter Mk 6" mußten in der Wintersession noch zusätzlich 312,7 Millionen Franken bewilligt werden. Für eine zweite Serie von hundert Jägern wählte das Parlament das von den Flugzeugwerken Altenrhein entwickelte Modell P-16. Für dieses Flugzeug wurde in der Frühjahrssession ein Kredit von 441 Millionen Franken gesprochen. Da kam aber am 25. März plötzlich eine Alarmbotschaft: das Testmodell war in den Bodensee gestürzt, weil die Steuerung versagt hatte. Nach gründlicher Untersuchung der Ursachen kam die Expertenkommission zum Schluß, daß die Flugzeugwerke wesentliche Bau- und Erprobungsvorschriften nicht eingehalten hatten und die Entwicklung einer neuen Steuerung zu große Terminverzögerungen mit sich brächte. Darum beschloß der Bundesrat am 3. Juni, auf den P-16 zu verzichten, und das Parlament stimmte ihm bei.

Im gleichen Monat Juni wurde das Problem schweizerischer Atomwaffen akut. Der Generalstabschef, Oberstkorpskommandant Annasohn, sagte an der Tagung der schweizerischen Offiziersgesellschaft in Luzern, die Schweiz könne nicht auf eigene Raketen und Atomwaffen verzichten. Die Erklärung wurde allgemein mit Zustimmung aufgenommen, obschon natürlich jeder Schweizer nichts sehnlicher wünscht, als daß es nie zu einem Atomkrieg kommen möchte. Der Bundesrat hat daher auch den Mächten mitgeteilt, daß sie jederzeit in der Schweiz willkommen wären, wenn sie hier Verhandlungen über einen Stop der Atomversuche und die Abrüstung führen wollen. Eine vorwiegend sozialdemokratische Gruppe hat aber eine Initiative gestartet, die ein Verbot aller ato-

mischen Waffen auf Schweizer Boden anregen möchte. Sie ist aber von einer anderen sozialdemokratischen Gruppe desavouiert worden. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz muß nun parteiintern mit dieser Frage fertig werden; es ist ein Glück, daß dieses Problem nicht wie in Deutschland das ganze Volk spaltet. Die Einigkeit und Geschlossenheit unseres Schweizervolkes in außenpolitischen und wehrpolitischen Belangen ist ja die erste und wichtigste Voraussetzung unserer Selbstbehauptung.

Vanderbilt

Als der im Jahre 1883 verstorbene Millionär Vanderbilt, der Begründer des Welthauses Vanderbilt, eines Tages in einem amerikanischen Badeort auf der Veranda seines Hotels saß, näherte sich ihm eine ältere Dame, die offensichtlich nicht zu den „höheren Zehntausend" zählte, und begrüßte ihn herzlich als alten Bekannten.

„Aber, Vater", sagte, nachdem die Frau sich wieder entfernt hatte, mit deutlicher Mißbilligung die älteste Tochter Vanderbilts, „wie konntest du dich nur mit dieser ordinären Person unterhalten. Du weißt doch so gut wie wir, daß sie uns früher immer Geflügel verkauft hat!"

„Sicherlich weiß ich das", antwortete der alte Vanderbilt. „Natürlich weiß ich das, mein Kind. Ich erinnere mich genau: Es war zur gleichen Zeit, als deine Mutter in einer Kneipe Bier ausschenkte und ich mir als Hausierer mit Austern mein Brot verdiente."

Das Fürstenpaar von Monaco
stattete dem Bundesrat einen Höflichkeitsbesuch ab.

Photo W. Rydegger, Bern

Rudolf Alexander Schröder las einmal Gedichte vor. Einige Zuhörer redeten etwas laut. Schröder unterbrach sich: „Wenn die Herren, die sich unterhalten, etwas weniger Lärm machten als die Herren, welche schlafen, würde das den Herren, welche zuhören, nicht unangenehm sein."

Der dicke G. K. Chesterton hatte wieder einmal Streit mit dem dünnen George Bernhard Shaw. „Wenn man Sie ansieht", fuhr er ihn an, „dann glaubt man, es sei eine Hungersnot im Land." Shaw betrachtete seinen dicken Widersacher und entgegnete: „Und wenn man Sie sieht, glaubt man, Sie seien daran schuld!"

„Jä, Stärnefeufi, wer isch da eigetli Dirägter, Sie oder ich?" – „Sie, Herr Dirägter!" – „Also! Warum benähme Sie sich de so saublöd?"